



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 5.4.2023  
COM(2023) 185 final

ANNEX

**ANHANG**

*des Vorschlags für eine*

**Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates  
über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen**

{SWD(2023) 77 final} - {SWD(2023) 78 final}

**ANHANG**

**BESCHEINIGUNG ÜBER DIE ÜBERTRAGUNG EINES STRAFVERFAHRENS**

**Zweck dieser Bescheinigung ist es,**

- über die mögliche Übertragung eines Strafverfahrens zu beraten
- um Übertragung eines Strafverfahrens zu ersuchen

**Abschnitt A**

Ersuchender Staat: .....

Ersuchte Behörde: .....

Ersuchender Staat: .....

Ersuchte Behörde: .....

Behörde im ersuchten Staat, die vor diesem Ersuchen konsultiert wurde (falls zutreffend):

.....

**Abschnitt B: Identität der verdächtigen oder beschuldigten Person**

1. Geben Sie, soweit bekannt, alle Informationen zur Identität der verdächtigen oder beschuldigten Person an. Wenn mehr als eine Person betroffen ist, machen Sie die Angaben bitte zu jeder Person.

i) Im Falle natürlicher Personen:

Name: .....

Vorname(n): .....

Ggf. sonstige relevante Namen: .....

Ggf. Aliasnamen: .....

Geschlecht: .....

Staatsangehörigkeit: .....

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer: .....

Art und Nummer des Ausweisdokuments (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:

.....

Geburtsdatum: .....

Geburtsort: .....

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, letzte bekannte Anschrift:

.....

Arbeitsplatz (einschließlich Kontaktdaten): .....

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer): .....

Sprache(n), die die Person versteht: .....

Sonstige relevante Informationen: .....

Beschreiben Sie bitte die derzeitige Stellung der betroffenen Person im Verfahren:

- Verdächtiger
- Beschuldigter

ii) Im Falle juristischer Personen:

Name: .....

Rechtsform der juristischen Person: .....

Ggf. Kurzbezeichnung, üblicher Name oder Handelsname:

.....

Eingetragener Sitz: .....

Registernummer: .....

Anschrift der juristischen Person: .....

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer): .....

Name des Vertreters der juristischen Person: .....

Sonstige relevante Informationen: .....

Beschreiben Sie bitte die derzeitige Stellung der betroffenen Person im Verfahren:

- Verdächtiger
- Beschuldigter

2. Stellungnahme der verdächtigen oder beschuldigten Person:

- Die verdächtige oder beschuldigte Person hat um Einleitung des Verfahrens für die Übertragung des Strafverfahrens ersucht.
- Die verdächtige oder beschuldigte Person wurde von der geplanten Übertragung unterrichtet.
- Die verdächtige oder beschuldigte Person wurde von der geplanten Übertragung nicht unterrichtet, weil  
.....
- Die verdächtige oder beschuldigte Person hat zu der geplanten Übertragung Stellung genommen. Die Stellungnahme ist diesem Ersuchen beigelegt. Zusammengefasst wird dort ausgeführt, dass  
.....  
.....

Abschnitt C: Identität des Opfers:

1. Geben Sie, soweit bekannt, alle Informationen zur Identität des Opfers an. Wenn mehr als eine Person betroffen ist, machen Sie die Angaben bitte zu jeder Person.

i) Im Falle natürlicher Personen:

Name: .....

Vorname(n): .....

Geschlecht: .....

Staatsangehörigkeit: .....

Identitätsnummer oder Sozialversicherungsnummer: .....

Art und Nummer des Ausweisdokuments (Personalausweis, Reisepass), falls verfügbar:  
 .....

Geburtsdatum: .....

Geburtsort: .....

Wohnsitz und/oder bekannte Anschrift; falls die Anschrift nicht bekannt ist, letzte bekannte  
 Anschrift: .....

Arbeitsplatz (einschließlich Kontaktdaten): .....

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer): .....

Sprache(n), die die Person versteht: .....

Sonstige relevante Informationen: .....

ii) Im Falle juristischer Personen:

Name: .....

Rechtsform der juristischen Person: .....

Ggf. Kurzbezeichnung, üblicher Name oder Handelsname:  
 .....

Eingetragener Sitz: .....

Registernummer: .....

Anschrift der juristischen Person: .....

Sonstige Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer): .....

Name des Vertreters der juristischen Person: .....

Sonstige relevante Informationen: .....

2. Stellungnahme des Opfers

- Das Opfer hat um Einleitung des Verfahrens für die Übertragung des Strafverfahrens ersucht.
- Das Opfer wurde von der geplanten Übertragung unterrichtet.
- Das Opfer wurde von der geplanten Übertragung nicht unterrichtet, weil  
 .....
- Das Opfer hat zu der geplanten Übertragung Stellung genommen. Die Stellungnahme ist diesem Ersuchen beigelegt. Zusammengefasst wird dort ausgeführt, dass  
 .....

Abschnitt D: Zusammenfassung des Sachverhalts und rechtliche Würdigung

1. Beschreibung des Verhaltens, das die Straftat(en) darstellt, auf die sich das Ersuchen bezieht,

und Zusammenfassung des zugrunde liegenden Sachverhalts:.....

.....  
.....

2. Stadium des Verfahrens:

Ermittlungen

Strafverfolgung

Gerichtsverhandlung

3. Art und rechtliche Einstufung der Straftat(en), auf die sich das Ersuchen bezieht:

.....

4. Höchststrafe, Verjährungsfrist und Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung einschließlich der einschlägigen Bestimmungen über Sanktionen:

.....  
.....

Abschnitt E: Informationen über das Verfahren im ersuchenden Staat

1. Verfahrenshandlungen des ersuchenden Staates: .....

.....  
.....

2. Informationen über die erhobenen Beweise: .....

.....  
.....

3. Liste der Unterlagen in der Verfahrensakte: .....

.....  
.....

Abschnitt F: Gründe für das Ersuchen

1. Gründe für das Ersuchen, einschließlich einer Begründung für die Erforderlichkeit und Angemessenheit der Übertragung und einer Bewertung der Auswirkungen der Übertragung auf die Rechte der verdächtigen oder beschuldigten Person und des Opfers: .....

.....  
.....  
.....

2. Kriterien für das Ersuchen um Übertragung eines Strafverfahrens:

- Die Straftat ist ganz oder teilweise im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates begangen worden, oder der Großteil der Auswirkungen oder ein wesentlicher Teil des durch die Straftat verursachten Schadens ist im Hoheitsgebiet des ersuchten Staats eingetreten.
- Die verdächtige oder beschuldigte Person besitzt die Staatsangehörigkeit des ersuchten Staates oder hat dort ihren Wohnsitz.
- Die verdächtige oder beschuldigte Person hält sich im ersuchten Staat auf, und dieser Staat verweigert die Übergabe dieser Person an den ersuchenden Staat auf der Grundlage des Artikels 4 Nummer 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI, des Artikels 4 Nummer 3 des genannten Rahmenbeschlusses – wenn diese Verweigerung nicht auf einer gegen diese Person aufgrund derselben Straftat ergangenen rechtskräftigen Entscheidung beruht, die einer weiteren Strafverfolgung entgegensteht – oder des Artikels 4 Nummer 7 des genannten Rahmenbeschlusses.
- Die verdächtige oder beschuldigte Person hält sich im ersuchten Staat auf, und dieser Staat verweigert die Übergabe dieser Person, gegen die ein Europäischer Haftbefehl ergangen ist, sofern er feststellt, dass ausnahmsweise aufgrund konkreter und objektiver Anhaltspunkte Grund zu der Annahme besteht, dass die Übergabe unter den besonderen Umständen des Einzelfalls eine offensichtliche Verletzung eines in Artikel 6 des Vertrags über die Europäische Union und in der Charta verankerten einschlägigen Grundrechts zur Folge hätte.
- Die meisten für die Ermittlungen relevanten Beweismittel befinden sich im ersuchten Staat, oder die meisten relevanten Zeugen haben ihren Wohnsitz im ersuchten Staat.
- Im ersuchten Staat ist wegen desselben oder eines anderen Sachverhalts ein Strafverfahren gegen die verdächtige oder beschuldigte Person anhängig.
- Im ersuchten Staat ist wegen desselben oder eines damit verbundenen Sachverhalts ein Strafverfahren gegen andere Personen anhängig.
- Die verdächtige oder beschuldigte Person verbüßt eine freiheitsentziehende Strafe im ersuchten Staat oder soll sie dort verbüßen.
- Durch die Vollstreckung der Strafe im ersuchten Staat verbessern sich wahrscheinlich die Aussichten auf Resozialisierung der verurteilten Person, oder die Vollstreckung des Urteils im ersuchten Staat erweist sich aus anderen Gründen als zweckmäßig.
- Die meisten Opfer sind Staatsangehörige des ersuchten Staates oder haben dort ihren Wohnsitz.

**Abschnitt G: Zusätzliche Informationen und Ersuchen (falls zutreffend)**

1. Machen Sie gegebenenfalls Angaben zu früheren Europäischen Haftbefehlen, Europäischen Ermittlungsanordnungen oder anderen Amtshilfeersuchen:.....

.....

2. Ggf. sonstige zusätzliche Informationen: .....

.....

.....

3. Geben Sie besondere Bedingungen für die Verarbeitung der übermittelten personenbezogenen Daten an, die von der ersuchten Behörde einzuhalten sind (Artikel 9 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener

Daten):.....  
.....  
.....  
4. Anlagen: .....  
.....  
.....

Abschnitt H: Angaben zu der Behörde, die das Ersuchen gestellt hat

1. Name der Behörde, die das Ersuchen gestellt hat:.....  
Name des Vertreters/Ansprechpartners: .....  
Aktenzeichen: .....  
Anschrift: .....  
Telefonnummer: (Landesvorwahl) (Gebiets-/Ortsvorwahl).....  
E-Mail-Adresse: .....  
Sprachen, in denen mit der ersuchenden Behörde kommuniziert werden kann:  
.....

2. Kontaktdaten der Personen, die wegen zusätzlicher Informationen oder praktischer Vorkehrungen für die Übermittlung von Beweismitteln kontaktiert werden können, falls von den Angaben oben abweichend:  
Name/Funktion/Organisation: .....  
Anschrift: .....  
E-Mail-Adresse: .....  
Telefonnummer:.....

3. Unterschrift der ersuchenden Behörde und/oder ihres Vertreters, mit der bestätigt wird,  
– dass das Ersuchen, wie es in diesem Formular wiedergegeben ist, genau und inhaltlich richtig ist, und  
– dass dieses Ersuchen von einer zuständigen Behörde gestellt worden ist.

Name: .....  
Funktion:.....  
Datum: .....  
Dienststempel (falls verfügbar):

Abschnitt I: Angaben zu der Justizbehörde, die das Ersuchen validiert hat (falls zutreffend)

1. Name der validierenden Behörde: .....

Name des Vertreters/Ansprechpartners: .....

Aktenzeichen: .....

Anschrift: .....

Telefonnummer: (Landesvorwahl) (Gebiets-/Ortsvorwahl).....

E-Mail-Adresse: .....

Sprachen, in denen mit der validierenden Behörde kommuniziert werden kann:  
.....

2. Geben Sie bitte an, welche Behörde Hauptansprechpartner für den ersuchten Staat sein soll:

ersuchende Behörde

validierende Behörde

3. Unterschrift der validierenden Behörde und/oder ihres Vertreters, mit der bestätigt wird,  
– dass das Ersuchen, wie es in diesem Formular wiedergegeben ist, genau und inhaltlich richtig  
ist, und  
– dass dieses Ersuchen von einer zuständigen Behörde gestellt worden ist.

Name: .....

Funktion: .....

Datum: .....

Dienststempel (falls verfügbar):